

Foto: Link



Interview · Seite 5

## CO2 tief in der Erde verbuddeln?

Industrie und Umweltschützer im Streitgespräch über Verantwortung, Risiken – und den richtigen Weg zur Klimaneutralität

WIRTSCHAFT

## Wohnungswirtschaft sauer: Das Land muss Förderwege für Normalverdiener schaffen

» Die soziale Wohnungswirtschaft schlägt Alarm: Neubauzahlen brechen ein, Sanierung wird teurer. Der vdw fordert einen Kurswechsel – und nimmt Land und Kommunen in die Pflicht.

Die Krise auf dem Immobilienmarkt verschärft sich: Die sozialorientierten Wohnungsunternehmen in Niedersachsen investieren 2025 so wenig Geld wie seit Jahren nicht in den Neubau. „Der Druck auf die Wohnungsgenossenschaften und kommunalen Wohnungsgesellschaften bleibt immens“, bilanziert Susanne Schmitt, Direktorin des Verbands der Wohnungswirtschaft Niedersachsen-Bremen (vdw). Den gestiegenen Druck reicht Schmitt mit klaren Forderungen an die Politik weiter. Sie fordert günstigeres Bauland, niedrigere Standards, Steueranreize und eine bessere Förderkulisse – darunter auch einen dritten Förderweg, um bezahlbare Mieten für Normalverdiener zu gewährleisten.

stecken das meiste Geld auch in die Sanierung und Modernisierung des Bestands. „Wir brauchen erhebliche Mittel, um den Gebäudebestand auf die derzeit geltenden Vorgaben zu sanieren“, erklärt Schmitt. Für das Neubaugeschäft sind gerade mal noch 365 Millionen Euro eingeplant. „2021 waren wir bei fast 700 Millionen Euro. Das ist innerhalb von nur vier Jahren fast eine Halbierung“, sagt die Verbandsdirektorin und spricht von einem „beispiellosen Absturz“. Die Zahl der Fertigstellungen bricht sogar noch stärker ein: Die 165 niedersächsischen vdw-Unternehmen rechnen 2025 mit nur 952 neuen Wohnungen. 2022 lag die Zahl der Fertigstellungen bei 2061 Wohneinheiten. Der Handlungsdruck ergibt sich nicht nur aus steigenden Baukosten und politischen Vorgaben, sondern auch aus dem Alter vieler Gebäude: Ein Großteil der rund 400.000 Wohnungen im vdw-Bestand stammt aus der Zeit vor der Jahrtausendwende und muss erneut energetisch saniert werden. 2024 erreichten die Investitionen in den Bestand mit fast 890 Millionen Euro ein Rekordniveau, 2025 dürften sie auf 742 Millionen Euro sinken. Laut Verband fließt ein erheblicher Teil der Mittel nicht in neue Projekte, sondern in teurere Materialien, verschärfte Anforderungen und aufwendigere Verfahren.



Foto: Link

Susanne Schmitt weist auf den Investitionsrückgang im Neubau hin und fordert einen dritten Förderweg: "Das erwarte ich einfach vom Bauministerium."

■ **Förderung bleibt ausbaufähig:** Bemerkenswert ist auch der Rückgang der mit öffentlicher Förderung errichteten Wohnungen, die nach wie vor etwa die Hälfte des Neubaus ausmachen. 2024 wurden landesweit nur 418 Wohnungen fertiggestellt, die ausschließlich an Personen mit einem Wohnberechtigungsschein (B-Schein) vermietet werden dürfen – im Vorjahr waren es noch 616. „Hier haben sich unsere Erwartungen nicht erfüllt“, sagt Schmitt. Zwar habe die N-Bank zwischenzeitlich ihre Förderkonditionen verbessert, doch die Verbandsdirektorin sagt sehr deutlich: „Wir benötigen in Niedersachsen eine neue Förderstruktur, um Wohnungen nicht nur im unteren Mietpreissegment zu errichten.“ Konkret fordert die sozialorientierte Wohnungsbranche die Einrichtung eines dritten Förderwegs für neue Wohnungen mit Mietpreisen von acht bis zwölf Euro pro Quadratmeter. Dadurch könnten laut Schmitt auch Normalverdiener mit einem Bruttoeinkommen von 3000 bis 5000 Euro profitieren, die sich Quadratmeterpreise von 18 Euro aufwärts auch nicht mehr leisten könnten. Dieses Preisniveau sei nach Ansicht der vdw-Mitgliedsunternehmen nötig, um aktuelle Neubauprojekte selbst ohne Renditeerwartungen kostendeckend abzuwickeln. Für den zweiten Förderweg oder auch sogenannten erweiterten B-Schein, der 20 bis 60 Prozent über den Einkommensgrenzen liegen kann, fordert die soziale Wohnungsbranche in Niedersachsen einen Tilgungszuschuss für Investoren.

## Mehr zum Thema

### Mieten steigen rasant - braucht das Land mehr Wohnraumförderung für mittlere Einkommen?

17.10.2024 · Wirtschaft · Christian Wilhelm Link

### Die Einkommensgrenzen steigen, aber der Wohnraummangel bleibt bestehen

02.12.2024 · Wirtschaft · Christian Wilhelm Link

■ **NBauO-Novelle zündet nicht:** Die Novelle der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) hat laut Schmitt zwar einige Sanierungen und Dachaufstockungen erleichtert, zeigt insgesamt aber wenig Wirkung. Nach Einschätzung des Verbands liegt das auch daran, dass der neu eingeführte Gebäudetyp E mit reduzierten Baustandards zwar grundsätzlich zugelassen ist, in der Praxis jedoch viele Unsicherheiten bestehen. „Abweichungen von DIN-Normen dürfen kein Mangel mehr sein“, fordert der Verband. Die anerkannten Regeln der Technik müssten weiter entschärft werden, um unnötige Schadensersatzrisiken zu vermeiden. Zudem brauche es eine offizielle Beispielsammlung, die den Gebäudetyp E konkretisiert. Auch beim Klimaschutz plädiert der vdw für mehr Pragmatismus: „Wir müssen weg vom Einpacken des Hauses in eine immer dickere Gebäudehülle und hin zu einer CO<sub>2</sub>-Reduktion über erneuerbare Energien“, sagt Schmitt.

■ **Kommunen sollen zurückstecken:** Einen Preistreiber für die hohen Baukosten hat die soziale Wohnungsbranche bei den Kommunen ausgemacht. „Bauland ist nach wie vor sehr, sehr teuer“, sagt Schmitt. Sie appelliert an die Städte und Gemeinden, zumindest bei sozialen Wohnungsbauprojekten mit den Kosten runterzugehen. „Nicht nur Vermieter, auch Bauwirtschaft, Energieversorger, Länder und Kommunen tragen dazu bei, dass Wohnen immer teurer wird“, betont die Verbandsdirektorin. Von allen Beteiligten fordert sie mehr Bereitschaft zur Kooperation: „Wir brauchen bei allen das Verständnis dafür, dass es um bezahlbare Mieten geht – und nicht darum, die Maximalvorschriften einer Profession durchzusetzen.“ Das Land Niedersachsen etwa könne durch eine Absenkung der Grunderwerbsteuer von derzeit fünf auf 3,5 Prozent mithelfen. Vom Bund fordert die Branche einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für preisgebundenen Wohnraum von sieben statt 19 Prozent.

■ **CDU erneuert Kritik:** Die CDU-Landtagsfraktion wertet die vdw-Bilanz als Beleg für eine verfehlte Baupolitik der rot-grünen Landesregierung. „Die Gründung der ‚Wohnraum Niedersachsen GmbH‘ und die Ausweitung der Mietpreisbremse auf 57 Kommunen sind keine Lösung für die dramatische Wohnungsbaukrise“, sagt der baupolitische Sprecher Christian Frölich. Der Gebäudetyp E sei „ein Sinnbild für die fehlende Strategie – eingeführt, aber inhaltlich nicht ausgestaltet“. Die CDU fordert unter anderem Tilgungszuschüsse im zweiten Förderweg, einen zusätzlichen Förderweg für die Mitte der Gesellschaft, praxistaugliche energetische Standards, den Abbau überzogener Auflagen sowie steuerliche Anreize für selbstgenutztes Eigentum. (cwl)

## UMWELT

# Trotz Wiederansiedlung von Wolf und Luchs: Ein Drittel der heimischen Arten bleibt bedroht

» Ausgestorbene Arten kehren zurück, doch andere bleiben bedroht. Umweltminister Meyer stellt die neuen „roten Listen“ vor – und der Igel droht bald draufzustehen.

Nach mehr als 30 Jahren hat Niedersachsen die Listen der bedrohten Säugetiere und Insekten nun erstmals umfassend aktualisiert. Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) hat am Donnerstag gemeinsam mit Mitarbeitern des zuständigen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) die Neufassungen der „roten Listen“ ([Download beim NLWKN](#)) vorgestellt. Seit Anfang der 1990er Jahre hat sich demnach in Niedersachsen einiges zum Positiven gewandelt. So sei es gelungen, bereits als ausgestorben geltende Arten wie den Luchs,

Foto: Kleinwächter



Stellen die „roten Listen“ vor: Umweltminister Christian Meyer (v.l.), Berthold Paterak, Jakob Fahr und Sophie Kirberg.

den Wolf, den Biber oder die Kegelrobbe wieder anzusiedeln. Auch der Fischotter sei nun nicht mehr gefährdet. In vielen Fällen habe sich allein schon ausgezahlt, dass die Tiere hierzulande nicht mehr bejagt wurden. Doch nicht für alle Tierarten entwickelte sich das Leben in Niedersachsen derart gut. Der Feldhamster, einst eine Plage, sei kaum noch anzufinden. Und auch der Gartenschläfer oder zahlreiche Fledermausarten treten immer seltener auf und seien insgesamt weniger weit verbreitet. Insgesamt 74 heimische Arten hat ein Team aus 34 Fachleuten rund um Artenschutz-Expertin Sophie Kirberg aus dem NLWKN für die Aktualisierung der „roten Listen“ untersucht. Mehr als ein Drittel der Arten seien demnach gefährdet. Immerhin zehn Prozent stehen auf der Vorwarnliste. „Die aktuellen Zahlen zeigen unmissverständlich, dass beim Schutz unserer heimischen Säugetiere dringender Handlungsbedarf besteht“, erläutert Kirberg. „Ohne gezielte Schutzmaßnahmen und verlässliche Daten drohen wir das Artensterben nur zu dokumentieren, anstatt es zu verhindern.“

■ **Meyer fordert Nachtfahrverbot für Mäh-Roboter:**

Minister Meyer hob besonders den Igel hervor, der früher eher durch den Straßenverkehr bedroht gewesen sei. Inzwischen aber gehe eine viel größere Gefahr von nächtlich fahrenden Rasenmäh-Robotern aus. Er steht inzwischen auf der Vorwarnliste. Meyer fordert ein Nachtfahrverbot dieser Gefährte, sofern sie keinen technischen Igel-Schutz verbaut haben. Der Grünen-Politiker kündigte an, über die Umweltministerkonferenz auf eine entsprechende bundesweite Regelung hinwirken zu wollen. Er sieht vorrangig die Hersteller in der Verantwortung.



Foto: Gortov via Getty Images

Bedroht durch Mäh-Roboter: der Igel.

■ **Mehr Geld aus dem "Niedersächsischen Weg":** Dass die Liste der bedrohten Arten in Niedersachsen mehr als 30 Jahre lang nicht systematisch aktualisiert worden ist, habe mit einer personellen und finanziellen Unterversorgung zu tun, erläuterte der Artenschutz-Bereichsleiter beim NLWKN, Jakob Fahr. Erst im Dialogformat „Niedersächsischer Weg“ habe man diesen Mangel als solchen erkannt und nun gegengesteuert. Daraufhin habe man beim NLWKN drei neue Stellen extra für die „roten Listen“ geschaffen. Berthold Paterak, Leiter des NLWKN-Geschäftsbereich Naturschutz, sagte, man könne anhand der Daten den Handlungsbedarf im Artenschutz nun zielgerichteter skalieren und Optionen für niedrigschwelligen Naturschutz etwa bei der Landschaftsgestaltung aufzeigen.

■ **Daten und Experten fehlen:** Aufgrund der langen Phase ohne Aktualisierung der „roten Listen“ sei eine Menge Expertenwissen abhandengekommen, berichten die NLWKN-Mitarbeiter. Um die Zahl und Verbreitung der verschiedenen Arten zu erfassen, sei man auf eine große Zahl an Ehrenamtlichen angewiesen. Diese habe man nun erst neu anwerben müssen. Zudem sei beim Erstellen der Listen aufgefallen, dass man vieles auch nicht wisse, erklärte Kirberg. Insbesondere im Bereich der Kleinsäuger, etwa verschiedene Mäusearten, fehlten noch immer viele Daten, um verlässlich etwas über ihren Gefährdungszustand zu sagen. Im NLWKN arbeitet man nun daran, mit besonderen Leitfäden für die spezielle Datenerhebung auch die letzten Lücken zu schließen.

■ **Meyer fordert Tempo beim Wolf:** Umweltminister Meyer drückte sein Unverständnis darüber aus, dass die schwarz-rote Bundesregierung mit wenig Nachdruck die Bundesgesetze an den neuen Schutzstatus des Wolfs anpassen will. Warum erst im Januar das Bundesjagdrecht geändert werden müsse, bevor dann das Bundesnaturschutzgesetz angegangen wird, erschließe sich ihm nicht, sagte der Landesminister auf Nachfrage. „Beim Bundesjagdrecht müssen nur vier Buchstaben ergänzt werden und für Niedersachsen ändert sich dadurch nichts. Der Bund muss die Kriterien für eine schnelle und einfache Entnahme nennen oder uns machen lassen.“ Konkret sieht Meyer zwei Möglichkeiten, wie das Bundesnaturschutzgesetz nun verändert werden müsste. Entweder müsse die sogenannte „Lex Wolf“ komplett gestrichen, oder die Hürden für die Entnahme von Problemwölfen darin abgemildert werden. Zum Beispiel könne die Prüfung alternativer Schutzmaßnahmen als Kriterium entfallen, sagte Meyer. „Wir wollen da handeln, wo es Probleme gibt.“ (nkw)

INTERVIEW

## Vermeiden oder verpressen? BUND und BVEG streiten um den richtigen Umgang mit CO<sub>2</sub>

» Die Bundesregierung will CO<sub>2</sub>-Speicherung ermöglichen. Die Industrie sieht darin eine Chance, Umweltverbände warnen vor Risiken und Kosten. Zwei Perspektiven – und ein Disput.

Die Abscheidung und unterirdische Speicherung von Kohlendioxid - kurz CCS (Carbon Capture and Storage) - war in Deutschland lange ein Tabuthema. Inzwischen ist die umstrittene Technologie zurück auf der politischen Bühne: Mit ihrer Carbon-Management-Strategie hat die Bundesregierung CCS offiziell als Teil der nationalen Klimapolitik verankert. Unterstützung kommt vor allem von Industrieverbänden und Unternehmen, die darin eine Lösung für schwer vermeidbare Emissionen sehen. Umweltverbände hingegen warnen vor hohen Kosten, unklaren Risiken und einer möglichen Verlängerung fossiler Abhängigkeiten.

Im Rundblick-Interview treffen zwei gegensätzliche Positionen aufeinander: Susanne Gerstner, Landesvorsitzende des BUND Niedersachsen, lehnt CCS aus ökologischen, ökonomischen und klimapolitischen Gründen entschieden ab. Ludwig Möhring, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Erdgas, Erdöl und Geoenergie (BVEG), sieht das Gegenteil als zutreffend: Für ihn ist CCS gerade aus diesen Gründen eine pragmatische, sinnvolle und notwendige Ergänzung zu anderen Klimaschutzmaßnahmen, um die Klimaziele verlässlich zu erreichen.



Christian Wilhelm Link (von links) spricht mit Ludwig Möhring und Susanne Gerstner über die Chancen und Risiken der unterirdischen CO<sub>2</sub>-Einlagerung.

**Rundblick:** Deutschland will bis 2045 klimaneutral sein. Genügen dazu Maßnahmen wie Elektrifizierung und der Ausbau natürlicher CO<sub>2</sub>-Senken - oder ist CCS unverzichtbar?

**Gerstner:** Der BUND sieht in CCS ein falsches Versprechen. Es führt aus unserer Sicht in eine fossile Sackgasse und birgt erhebliche Risiken für Klima, Umwelt und Gesundheit. CCS schafft die falschen Anreize: Statt Emissionen zu vermeiden, wird die Nutzung fossiler Energieträger wirtschaftlich attraktiver gemacht - angeblich klimaneutral. Die CO<sub>2</sub>-Abscheidung ist extrem energieintensiv, es entstehen erhebliche Restemissionen, und die Speicher sind begrenzt. Teuer ist es auch. Studien gehen von einem hohen zweistelligen Milliardenbetrag allein für Deutschland aus. Dieses Geld fehlt dann für echten Klimaschutz.

**Möhring:** Ich verstehe die Skepsis, aber wir müssen pragmatisch bleiben. CCS ist kein Allheilmittel, aber ein wichtiges Werkzeug. Es geht darum, CO<sub>2</sub> dort abzuscheiden und zu speichern, wo es keine realistischen Alternativen gibt - etwa in der Zementindustrie oder Teilen der Chemie. CCS ist keine Einladung zum Weitermachen wie bisher, sondern eine Möglichkeit, um übergangsweise und unter klaren Bedingungen Emissionen zu reduzieren, wo sie nicht vermeidbar sind. Die Bundesregierung hat das erkannt und CCS in ihrer Strategie verankert.

**Rundblick:** CCS gilt als sehr energieintensiv. Frau Gerstner, wie bewerten Sie diesen Aspekt?

**Gerstner:** Richtig. CCS verbraucht riesige Mengen Energie. Wenn das flächendeckend großflächig umgesetzt wird, belastet das unser Stromnetz massiv. Selbst wenn wir den zusätzlichen Strom mit Erneuerbaren decken könnten, stellt sich doch die Frage: Warum nicht direkt mit diesem Strom Emissionen vermeiden, statt CO<sub>2</sub> aufwendig abzuscheiden? CCS ist ineffizient, teuer und führt zu einem „Weiter so“ in der Nutzung fossiler Energieträger. Genau das brauchen wir nicht.

**Möhring:** Ich will nichts schönreden: CCS ist technisch anspruchsvoll. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass es Emissionen gibt, die nicht durch Strom oder Kreislaufwirtschaft ersetzt werden können - etwa in der Zementproduktion, wo sie chemisch entstehen. Genau dafür brauchen wir

Lösungen. Zu den Kosten: Bei einer Einlagerung in Norwegen dürften die Gesamtkosten für CCS inklusive Abscheidung und Transport bei rund 200 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> liegen. In Deutschland könnten wir das onshore für etwa die Hälfte schaffen. Das ist immer noch nicht billig, aber bezahlbar im Vergleich zu den Alternativen. Ein Beispiel ist Arcelor-Mittal: ein international aufgestellter Stahlkonzern, der trotz staatlicher Förderung Zweifel hat, ob sich die Produktion mit grünem Wasserstoff wirtschaftlich lohnt. Aber es betrifft längst nicht nur Arcelor-Mittal. Vor allem Branchen wie Zement, Chemie, Stahl und Kalk sind zunehmend unter Druck - insbesondere wenn es sich um deutsche Tochterunternehmen internationaler Konzerne handelt. Sie sind häufig die ersten, die den Standort Deutschland infrage stellen, weil sie ihren Shareholdern nicht mehr plausibel machen können, warum Investitionen hier noch gerechtfertigt sind. Wenn selbst solche Unternehmen sagen, sie können ihre Dekarbonisierungsprojekte nicht mehr stemmen - dann müssen wir reagieren. Nicht mit Subventionen, die letztlich ins Leere gehen, sondern mit realistischen Optionen.

**Rundblick:** Lassen Sie uns über die Speicher sprechen. Frau Gerstner, Sie haben wiederholt auf Risiken hingewiesen - was genau bereitet Ihnen dabei Sorge?

**Gerstner:** Das Umweltbundesamt sagt ganz klar: Die Langzeitsicherheit von CO<sub>2</sub>-Endlagern ist nicht vorhersehbar. Es kann zu Leckagen kommen, und diese wären hochproblematisch - für das Klima, das Grundwasser und für Ökosysteme. Es gibt keine Erfahrung für Lagerzeiträume von mehreren Jahrhunderten. Und die Verantwortung? Die liegt irgendwann nicht mehr bei den Unternehmen, sondern bei der Allgemeinheit. Auch sind die Speicherkapazitäten sehr begrenzt! Der Weltklimarat geht davon aus, dass bis 2030 nur 2,4 Prozent der weltweiten Emissionen deponiert werden könnten und auch für Deutschland wurden die früheren Schätzungen zu Speicherkapazitäten in der Nordsee massiv nach unten korrigiert.

Foto: Link



Ludwig Möhring ist seit Herbst 2018 als Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie (BVEG) tätig. Seit 1992 arbeitet er in der Energiebranche.

**Möhring:** Wir haben global jahrzehntelange Erfahrung mit unterirdischer Speicherung in der Gas- und Ölindustrie. Wir wissen, welche geologischen Formationen geeignet sind. Und wir haben Instrumente zur Überwachung: seismische Sensoren, Druckkontrollen, Umweltverträglichkeitsprüfungen. Ich sage nicht, das ist risikolos. Aber es ist beherrschbar. Wichtig ist auch: Wir brauchen dafür knallharte Genehmigungsverfahren. Ohne diese Genehmigungen und eine starke Aufsicht durch die Behörden wird es keine Akzeptanz geben. Das nennen wir in der Branche „licence to operate“ -

die gesellschaftliche und rechtliche Legitimation, überhaupt tätig sein zu können. Diese Option sollten wir nicht von vornherein ausschließen, nur weil sie herausfordernd ist. Und wir dürfen nicht vergessen: In Ländern wie Norwegen oder den Niederlanden ist CCS längst Realität. In Norwegen wird bereits seit den Neunzigerjahren CO<sub>2</sub> eingelagert, die Niederlande beginnen mit ihrem Porthos-Projekt mit der Einlagerung in 2026 - während wir in Deutschland noch darüber diskutieren, ob wir überhaupt anfangen wollen.

**Rundblick:** Schauen wir auf den politischen Rahmen: Wer darf CCS eigentlich nutzen?

**Gerstner:** Die Carbon-Management-Strategie der letzten Bundesregierung war bereits viel zu offen formuliert und der aktuelle Gesetzentwurf der Bundesregierung öffnet CCS nahezu für alle Industriebranchen. Zwar wird immer wieder behauptet, CCS solle nur für nicht vermeidbare Emissionen

eingesetzt werden - die aktuellen Pläne der Politik belegen aber das Gegenteil. Auch was genau als unvermeidbar gilt, ist nicht definiert. Das öffnet die Tür für jede Branche - auch für die fossile Energiewirtschaft. Gleichzeitig soll CCS ein überragendes öffentliches Interesse bekommen, das bedeutet beschleunigte Verfahren und Reduzierung von Umweltstandards. Die Politik macht damit eine Palette auf, die aus unserer Sicht in jeder Hinsicht unverantwortlich ist. Es fehlt an klaren Regeln, verbindlicher Prüfung und sektoralen Begrenzungen. Und das führt dazu, dass selbst Unternehmen, die schon auf dem Transformationspfad sind, massiv verunsichert werden. Weil der einmal eingeschlagene Weg wieder grundsätzlich in Frage gestellt wird und es scheinbar einen bequemeren Weg gibt.

**Möhring:** Ja, wir brauchen klare Kriterien. Aber wir dürfen uns nicht so eng aufstellen, dass wir keine Handlungsoptionen mehr haben. Es geht um Industrieunternehmen, die seit Jahrzehnten hier produzieren. Wenn sie keine Perspektive sehen, dann gehen sie. Und die Emissionen entstehen dann eben woanders - ohne Kontrolle, ohne Standards. Wir sollten Optionen nicht leichtfertig ausschließen.

**Rundblick:** Wie gehen wir angesichts knapper öffentlicher Mittel mit der Konkurrenz der Technologien um? Sollte CCS wirklich Priorität haben?

**Gerstner:** Aufgabe der Politik ist es, zu lenken - gerade in einem sich zuspitzenden Themenfeld wie der Klimakrise. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Wenn wir Milliarden in CCS-Infrastruktur stecken, fehlt dieses Geld an anderer Stelle - beim natürlichen Klimaschutz, bei der energetischen Sanierung, beim Ausbau der Erneuerbaren und bei der echten Dekarbonisierung von Industrieunternehmen. Wer heute in CCS investiert, entscheidet sich gegen Alternativen, die längst bereitstehen. CCS ist eine Hochrisikotechnologie. Statt auf Endlagertechnik zu setzen, sollten wir natürliche CO<sub>2</sub>-Senken ausbauen - Moore, Wälder, Böden, Meere. Sie bringen Mehrfachnutzen: Sie binden CO<sub>2</sub>, schützen Biodiversität, verbessern die Wasserverfügbarkeit und helfen bei der Klimafolgenanpassung. Das alles kann CCS nicht. Und nicht zuletzt: Die Speicher sind endlich. Was passiert, wenn sie in 15 oder 30 Jahren mit vermeidbaren Emissionen gefüllt sind? Dann stehen wir als Gesellschaft wieder ohne Lösung da. Deshalb müssen wir jetzt tragfähige Strukturen aufbauen - für Klima, Umwelt und kommende Generationen.

**Möhring:** Ich sage nicht, Vermeidung sei unwichtig - im Gegenteil. Aber wenn es aktuell keine wirtschaftlich tragfähige Alternative gibt, dann muss CCS möglich sein. Ich halte nichts davon, auf PowerPoint-Lösungen zu hoffen, während die Realität weiterläuft. Dem Klima ist es egal, ob CO<sub>2</sub> vermieden oder eingelagert wird - Hauptsache, es gelangt nicht in die Atmosphäre.

**Rundblick:** Zum Schluss: Einig sind Sie sich offenbar in einem Punkt - dem Bedarf an gesellschaftlicher Debatte. Was schlagen Sie konkret vor?

**Gerstner:** Wir brauchen echte Beteiligung. Kein Durchdrücken von Gesetzen, keine Beteiligungsverfahren, die nur auf dem Papier stehen. Was beim LNG-Gesetz passiert ist, darf sich bei CCS nicht wiederholen. Ich denke an das „Net Zero Valley“ in Niedersachsen: Dort soll CCS eine zen-



Foto: Link

Susanne Gerstner ist seit 2022 Landesvorsitzende des BUND Niedersachsen. Die studierte Landespflegerin verfügt über langjährige Erfahrung in Landschaftsplanung, Umweltbildung und Verbandsarbeit.

trale Rolle spielen, gleichzeitig sollen Genehmigungsverfahren beschleunigt und Beteiligungen reduziert werden. Das führt nicht zu Akzeptanz, sondern zu Ablehnung. Es braucht transparente und vor allem ergebnisoffene Prozesse.

**Möhring:** Ich sehe das ähnlich. Beteiligung ist zentral. CCS braucht Vertrauen - und das entsteht nicht durch Schnelligkeit, sondern durch Transparenz. Aber wir dürfen uns auch nichts vormachen: Diese Diskussion muss jetzt geführt werden, nicht erst in ein paar Jahren. Wir brauchen eine ehrliche gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber, wie wir unseren industriellen Kern erhalten, Klimaziele erreichen und gleichzeitig Versorgungssicherheit gewährleisten. CCS gehört ganz klar dazu. Wer sich dieser Option von vornherein verweigert, weil sie nicht perfekt ist, lässt viele Unternehmen ohne realistische Perspektive zurück.

Politiknerds

## Verpressen oder vermeiden - was tun wir mit dem CO2?

[Episode anhören](#)



P UND P

## Personen und Positionen

**Reinhold Hilbers**, ehemaliger Finanzminister und CDU-Landtagsabgeordneter aus dem Wahlkreis Grafschaft Bentheim, erwartet von der Landesregierung mehr Klarheit über die Förderung des „öffentlichen Gesundheitsdienstes“. Damit sind die Gesundheitsämter der Landkreise und kreisfreien Städte gemeint. Während der Corona-Pandemie hatte es eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern gegeben, wonach die Gesundheitsämter in mehrfacher Hinsicht gestärkt werden sollten. Das betrifft den Personalaufbau, die Digitalisierung, eine Verbesserung der Attraktivität und „zukunftsfähige Strukturen“. Hilbers berichtet nun, dass bis Ende 2023 mehr als 527 neue Stellen geschaffen worden seien. Die Landesregierung antwortet nun, dass Bund und Länder 2021 einen Pakt geschlossen hätten, der die Verteilung von insgesamt vier Milliarden Euro vorgesehen habe. Das Ende dieser Zuschüsse sei für 2026 vorgesehen worden. Man habe sich damals aber nur verständigt, dass auch über 2026 hinaus eine Unterstützung von Bund und Ländern geplant sei. Auf Hilbers' Nachfrage erklärt die Landesregierung nun, Bund und Länder hätten sich darüber „wiederholt ausgetauscht“. Dann fügt sie hinzu: „Ein verbindliches Ergebnis konnte noch nicht erzielt werden.“ Der CDU-Politiker erinnert jedoch an die Zusage, dass die Länder die Mehrausgaben für das Personal der Gesundheitsämter ausgleichen sollten.

Foto: Lenze SE



**Bruno Krauss**, Betriebs- und Steuerfachwirt, übernimmt zum 1. September 2025 die Position des Finanzvorstands der Lenze-Gruppe in Aerzen. Der 53-Jährige bildet künftig gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden Marc Wucherer, der das Maschinenbauunternehmen im Landkreis Hameln-Pyrmont seit Jahresbeginn führt, das neue Führungsduo. Lenze zählt mit 3600 Mitarbeiter weltweit und einem Jahresumsatz von zuletzt

830 Millionen Euro zu den größten Unternehmen in Niedersachsen. Krauss war zuletzt in leitender Funktion bei einem Intralogistikunternehmen tätig. Zuvor hatte er Führungspositionen bei SSI Schäfer, Schwan-Stabilo, Booster Precision Components und der Schaeffler Gruppe inne - unter anderem mit internationaler Verantwortung in Europa und Asien. Im Zuge der Neuordnung des Vorstands hat Lenze die Ressorts neu zugeschnitten: CEO Wucherer verantwortet künftig Strategie, Markt und Organisation, CFO Krauss steuert Finanzen, IT, Recht und Nachhaltigkeit. Die Zahl der Vorstände wird damit auf zwei reduziert. Dem Umbau vorausgegangen war eine tiefgreifende personelle Veränderung: Technikvorstand Claus Bischoff, seit 2021 im Amt, hatte das Unternehmen im April verlassen. Finanzvorstand Achim Degner, der 2019 zu Lenze gekommen war, folgte im Juli. Mit der neuen Struktur will der Automatisierungsspezialist die Führungsverantwortung bündeln und sich strategisch neu ausrichten.

**Bodo Ramelow** (Linke), Bundestagsvizepräsident, hat sich in einem Schreiben an Niedersachsens Ministerpräsidenten Olaf Lies (SPD) für einen abgelehnten Asylbewerber eingesetzt. Der wegen offenbar vermeintlicher PKK-Mitgliedschaft verurteilte Mehmet Cakas, der in der JVA Uelzen einsitzt, soll nach Angaben einer Unterstützerinitiative am 28. August in die Türkei abgeschoben werden. Das Verwaltungsgericht Lüneburg aber wolle erst am 8. September über seinen Fall verhandeln. Inzwischen werden Unterschriften für eine Petition zugunsten von Cakas gesammelt, ein Eilverfahren in dieser Sache ist beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Ramelow schreibt nun an Lies: „Ich möchte Sie bitten, sich dafür einzusetzen, die Entscheidungen der Gerichte und die Entwicklungen des in diesen Tagen beginnenden Friedensprozesses in der Türkei abzuwarten, bevor durch eine Abschiebung in die Türkei unumkehrbare Tatsachen geschaffen werden.“ Dem Inhaftierten drohten bei der Abschiebung „möglicherweise ein unfaires Verfahren und sogar Folter“, befürchtet Ramelow.



Foto: Wallbaum

NEWSLETTER

Niedersachsen am Sonntag

Jetzt kostenlos anmelden

**Andreas Philippi**, Gesundheitsminister, und seine Kollegen aus den anderen Bundesländern fordern eine Simulation, die zeigt, welche Folgen der neue Hebammenhilfekontrakt haben wird, wenn er wie geplant im November in Kraft treten sollte. Dies raten sie Bundesgesundheitsministerin Nina Warzen in einem Brief, der jetzt bekannt wurde, „dringend an“. Den Vertrag haben die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen und Hebammenverbände nach einem Schiedsverfahren abgeschlossen. Freiberufliche Hebammen fühlen sich von ihren Berufsverbänden im Stich gelassen. Die sogenannten „Beleghebammen“ haben bereits errechnen lassen, dass ihnen Umsatzeinbußen von rund dreißig Prozent drohen. Die Gesundheitsminister informieren Warzen in dem Brief darüber, dass Beleghebammen planen, sich bei Inkrafttreten des Vertrages aus der stationären Versorgung zurückzuziehen. „Dies könnte sich auf die geburtshilfliche Versorgung gravierend auswirken“, warnen die Landesminister. Sie fordern zudem, alle Details der Schiedsstellenentscheidung öffentlich zu machen.

## Mehr zum Thema

### Freiberufliche Hebammen fordern: Der Vertrag mit den Kassen darf so nicht in Kraft treten

05.08.2025 · Gesundheit · Anne Beelte-Altwig

---

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

**3QM DREI QUELLEN  
MEDIENGRUPPE**

Drei Quellen-Mediengruppe GmbH  
Schiffgraben 36, 30175 Hannover  
Telefon (0511) 13 22 29 43  
Telefax (0511) 13 22 29 58  
info@drei-quellen-mediengruppe.de  
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt  
Registergericht: Amtsgericht Hannover  
Registernummer: HRB 5748

### REDAKTION

Chefredakteur V.i.S.d.P.  
Dr. Klaus Wallbaum (kw)

Chefredakteur Neue Medien  
Niklas Kleinwächter (nkw)

Chefredakteur Wirtschaft  
Christian Wilhelm Link (cwl)

Redakteurin  
Anne Beelte-Altwig (aba)

Redaktionsassistentin  
Sina Gartz

redaktion@rundblick-niedersachsen.de  
www.rundblick-niedersachsen.de

### SERVICE FÜR ABONNENTEN

Leiter Medien & Vertrieb  
Tomas Lada  
Telefon (0511) 13 22 29 55  
Telefax (0511) 13 22 29 58  
lada@drei-quellen-mediengruppe.de

Bezugspreis ab 37,- Euro pro Monat,  
Z.-Nr H 2871,  
Erscheinungsweise reg. 5 x wöchentlich

Marktstraße 45, 30159 Hannover  
Telefon (0511) 13 22 29 40  
Telefax (0511) 13 22 29 59